

Beschluss zur Europapolitik

Anmerkungen: Beschluss vom 24.06.2012 (vorläufig)

Mehr Mut zu Europa

1 Die Wirtschafts-, Finanz- und Verschuldungskrise hat die EU im Kern erschüttert. Was lange
2 unmöglich schien, ist plötzlich Realität: das Ende der Eurozone und damit vielleicht auch der
3 Anfang vom Ende der weiteren europäischen Integration. Dabei ist jedoch klar: Diese Krise ist
4 eigentlich eine Krise der Nationen, nicht eine Krise der EU. Fehlender europäischer Ehrgeiz, die
5 Vernetztheit und Abhängigkeit der Staaten in der EU zu berücksichtigen, haben Europa an den
6 Rand des Scheiterns gebracht. Die Krise in der Euro-Zone und die Politik der Regierung Merkel
7 lässt vieles wieder in den Vordergrund treten, was wir auf dem Müllhaufen der Geschichte
8 glaubten: nationale Ressentiments, deutsche Sonderwege, eine darwinistische Interpretation
9 von wirtschaftlichen Unterschieden in Europa und Szenarien von lieber ein Ende mit Schrecken.
10 Angesichts von Bankenkrise und wachsenden Leistungsbilanzunterschieden rächt es sich jetzt,
11 dass bei der Gründung der Währungsunion nicht auch der notwendige Schritt hin zu einer
12 politischen Union gegangen wurde.

13 Wir Grüne wenden uns dagegen, Europa nach „Geberländern“ und „Krisenländern“
14 einzuteilen, bei denen angeblich die einen die anderen alimentieren müssen. Kein Land profitiert
15 nach wie vor von der Eurozone ökonomisch mehr als Deutschland. Und mitverantwortlich für
16 die Fehler, die zur Krise geführt haben, wie für die Fehler in der Krise ist auch die Politik der
17 schwarz-gelben Bundesregierung.

18 Um diese Fehler des Euros zu korrigieren und das Fortbestehen der Währungsunion und damit
19 letztendlich des gesamten Projekts der Europäischen Einigung zu sichern, fordern wir darum
20 endlich "Mehr Mut zu Europa"!

21 Wir wollen die Wirtschafts- und Solidarunion. Unser Kompass ist die europäische Solidarität und
22 Solidität, denn es geht um mehr als um eine Währung. Die Europäische Union ist die
23 demokratische Antwort auf die ökonomische Globalisierung. Sie ist ein einmaliges Friedens- und
24 Demokratieprojekt. Nur mit einem handlungsfähigen Europa wird sich eine Globalisierung mit
25 starker europäischer Stimme politisch gestalten lassen. Nur mit Hilfe der europäischen Ebene
26 und den entsprechenden politischen Mehrheiten auf europäischer Ebene können wir die Krisen
27 der Welt bekämpfen – von der Armut- und Hungerkrise bis zum Klimawandel.

28 Wenn wir mit und für Europa vorangehen wollen, bedeutet das, dass wir mehr verbindliche und
29 gelebte Solidarität in und für Europa brauchen. Wir streiten dafür, dass Europa die Werkzeuge
30 bekommt, um diese Krise und ihre tiefer liegenden wirtschafts-, haushalts-, finanz- und
31 sozialpolitischen Gründe zu lösen. Wir wissen, dass die Krise ohne die Demokratiefrage nicht
32 gelöst werden darf.

33 Mehr Europa muss mit stärkeren europäischen Institutionen und der Rückkehr zur
34 Gemeinschaftsmethode einhergehen. Das heißt, dass Bund und Land Macht an Europa abgeben
35 müssen. Deswegen müssen alle Demokraten jetzt zuerst für
36 die Macht des Europäischen Parlaments und von direkt gewählten europäischen Abgeordneten
37 kämpfen. Das von uns erstrittene Bundesverfassungsgerichtsurteil gibt uns recht: Wir müssen

37 öffentlich und ehrlich für den nächsten Integrationsschritt kämpfen. Merkels
38 Hinterzimmerpolitik droht den Rückhalt der Menschen für Europa zu verspielen. Deswegen
39 kämpfen wir für einen europäischen Konvent zur Änderung der Verträge unter Beteiligung
40 der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. In diesen politischen Rahmen müssen die
41 ökonomischen Entscheidungen zur Rettung des Euro eingebettet sein.

42 Grundlage der deutschen Europapolitik muss jetzt unmissverständlich die politische
43 Wertentscheidung für den Zusammenhalt der EU und der Euro-Zone mit mindestens allen
44 Staaten sein. Zweifel am Willen Deutschlands darf es nicht mehr geben! Wer jetzt nicht den
45 Mut zu mehr Europa hat, gibt dessen Integrationskraft auf und wird im Europa der Nationen
46 landen.

48 **Europa in der Krise**

49 Europa droht zu scheitern. Die Finanzkrise hat sich in den letzten Wochen erneut gefährlich
50 zugespitzt. Der Zinsdruck auf viele Länder nimmt immer weiter zu, Spanien und Italien
51 drohen sich unter den neuen Rettungsschirm ESM retten zu müssen, bevor dieser überhaupt
52 richtig aufgespannt ist. Mit der Zahlung von Hilfen an Spanien wäre der neue Rettungsschirm
53 ESM bereits so gut wie aufgebraucht, Italien könnte vom bestehenden Rettungsschirm nicht
54 mehr aufgefangen werden. Die Situation in Griechenland bleibt höchst prekär, die soziale
55 Lage verschärft sich immer weiter. Auch ob Portugal die Auflagen der Troika pünktlich
56 erfüllen kann, ist ungewiss; die Armut im Land wächst rapide. Die irische Bankenkrise bleibt
57 ungelöst, ein zweites Hilfspaket könnte nötig werden. Und mit Zypern droht ein weiterer,
58 wenn auch kleiner Mitgliedstaat, unter den Rettungsschirm zu rutschen. Während dessen
59 verweigert die Bundesregierung nach wie den von Deutschland zu erbringenden Betrag zur
60 Ausgleichung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU. Und sie verweigert
61 kategorisch die Bereitschaft, sich auf eine gemeinschaftliche Haftung für wenigstens einen
62 Teil der europäischen Staatsschulden einzulassen, obwohl dies die Voraussetzung für eine
63 Bewältigung der Krise ist.

64 Gleichzeitig zeigen die ökonomischen Indikatoren eine fortdauernde Kapitalflucht, inklusive
65 Abzug der Spareinlagen in den Krisenländern, sowie ein Fortbestehen der massiven
66 Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsländern.

67 Das alles macht deutlich: Europa leidet nicht an einer durch staatliche Ausgabenwut
68 entstandenen Krise. Kann man beim Fall Griechenland noch davon reden, dass die
69 Klientelwirtschaft von Eliten auf Kosten des Staates einen wichtigen Anteil an der desolaten
70 Haushaltsslage hat, so ist diese verengte Analyse schon hier nicht ausreichend, um die Lage
71 des Landes zu erklären. Mit Bezug auf Spanien, Portugal oder Italien ist sie einfach falsch. Es
72 war vor allem die Finanzkrise, die dazu führte, dass viele Staaten die Schulden ihres
73 Finanzsektors übernehmen mussten, um diesen vordem Kollaps zu bewahren. Hinzu kommt
74 die Schwäche des europäischen Bankensystems, die massive Überschuldung privater
75 Haushalte wie in Spanien, Immobilienblasen wie auch in den Niederlanden und massive
76 ökonomischen Ungleichgewichte in der Euro-Zone sowie die dramatische Ungleichverteilung
77 von Vermögen, zu denen auch die Politik der Maximierung von Exportüberschüssen, gerade
78 auch in Deutschland, beigetragen hat. Es sind überschuldete Gesellschaften, überschuldete
79 Banken, die überschuldete Staaten produzieren.

80 **Europa ist es wert**

81 Europa leidet jedoch nicht nur an einer ökonomischen Krise: Die wichtigste Grundlage für
82 eine gemeinsame Bewältigung dieser europäischen Krise – die Zustimmung der Menschen zu

83 europäischen Institutionen – bröckelt. Bei den französischen Wahlen hat der rechtsradikale
84 Front National ein Rekordergebnis erzielt, im griechischen Parlament sitzen Nazis. In den
85 meisten EU-Ländern ist die Zustimmung zur EU drastisch zurückgegangen. Nur 28% der
86 Tschechen, 30% der Briten und 43% der Griechen glauben, dass die EU-Mitgliedschaft für
87 ihr Land gut ist. Noch ist dies in Deutschland deutlich anders.

88 Aber auch hier macht sich immer mehr das Gefühl breit, dass nun sie die Zeche zahlen
89 müssten für die – angeblich allein selbst verschuldeten – wirtschaftlichen Schwierigkeiten in
90 anderen EU-Staaten. Umgekehrt haben viele Bürgerinnen und Bürger in den Krisenländern
91 den Eindruck, dass Deutschland ihnen ein Spardiktat nach dem anderen aufzwingen will und
92 gleichzeitig die eigenen Vorteile der aktuellen wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der
93 Eurozone wortlos einstreicht. Beides ist brandgefährlich und untergräbt die europäische
94 Solidarität.

95 Dagegen müssen wir energisch antreten. Hier in Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten
96 Land Europas müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass weitere Risiken und
97 Lasten auf sie zukommen werden und dass der solidarische Weg, der europäische Weg, der
98 richtige ist.

99 Es liegt im deutschen Interesse, den Euro zu verteidigen - aus wirtschaftlichen und politischen
100 Gründen. Die wirtschaftlichen und politischen Kosten eines Auseinanderbrechens der
101 Eurozone übersteigen die Kosten einer koordinierten Rettung um ein Vielfaches. Europa ist
102 heute im Vergleich zum Ende der 90er Jahre stabil. Europa hat erfolgreich viele Staaten
103 Zentraleuropas integriert, und die Kraft der europäischen Integration gibt vielen Menschen in
104 den Staaten des westlichen Balkans Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben und
105 Wohlfahrt. Wer die Idee der immer tieferen europäischen Integration aufgibt, zu der auch
106 der Euro gehört, riskiert diese Stabilität.

107 Deutsche Banken und Versicherungen sind stark in Italien und Spanien engagiert, was bei
108 einem Zahlungsausfall Vermögensverluste der AnlegerInnen oder weitere Finanzspritzen
109 nötig machen würde. Vor allem aber über die aktuell wichtigste Gemeinschaftsinstitution, die
110 Europäische Zentralbank, sind bereits enorme Risiken vergemeinschaftet worden. Seit der
111 Binnenmarkt im Bankenbereich zum Erliegen gekommen ist, hat sie mehr und mehr den
112 Finanzierer des Bankensystems übernommen. Insgesamt hat sie über 1,1 Billionen € an
113 Krediten vergeben und Wertpapiere für 280 Mrd. € gekauft. Deutschland ist also schon weit
114 stärker im Risiko, als uns die Bundesregierung weismachen möchte. Eine Rückkehr zur DM
115 würde sofort zu einer Aufwertung führen und damit unsere Exportwirtschaft drosseln.
116 Schlimmer aber noch sind die politischen Kosten einer Auflösung der Euro-Zone. Sie würde
117 zum Startschuss für die Desintegration der gesamten EU werden kann.

119 **Entschiedenenes Handeln tut not!**

120 Es ist höchste Zeit, dass die Staaten Europas und die europäischen Institutionen entschieden
121 handeln, um die Zukunft des Euro und den Zusammenhalt Europas zu sichern. Noch nie war
122 weltweit die Sorge so groß, dass Europa die Weltwirtschaft in eine Rezession drückt. Die
123 Gefahr ist umso größer als sich die Konjunktur auch in den USA, China und Brasilien
124 abschwächt. Seit Beginn der aktuellen europäischen Krise haben die Mitgliedsländer dann in
125 ihrem Krisenmanagement immer und immer wieder zu spät und zu halbherzig gehandelt.
126 Beiträge der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, etwa zur Schaffung
127 einer Bankenunion, wurden arrogant missachtet.

128 An der erneuten Verschärfung der Krise trägt die schwarz-gelbe Bundesregierung
129 entscheidende Verantwortung. Merkels Krisenmanagement weist immer dasselbe Muster
130 auf: „too little, too late“ – zu wenig, zu spät. Jeden Schritt hat die Regierung behindert und
131 blockiert, bis es gar nicht anderes mehr ging: erst die Griechenlandhilfen, dann die
132 Interventionen der EZB, den temporären Rettungsschirm, die Zinssenkungen, den EFSF, den
133 ESM und noch bis vor kurzem ein europäisches Investitionsprogramm. .

134 Wir müssen endlich den Mut aufbringen, die Konstruktionsfehler der Eurozone zu beheben.
135 Ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist es nicht möglich die
136 Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen auf ein tragbares Maß zu verringern.
137 Außerdem müssen wir der Tatsache ins Auge blicken, dass Währungsunionen nur stabil
138 bleiben, wenn automatische Stabilisatoren die unterschiedlichen wirtschaftlichen
139 Entwicklungen ausgleichen. Europa ist eine Transferunion – und sie wird nur als
140 Transferunion überleben. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten ein Konzept zur
141 Ausgestaltung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und solidarischen einer zukunftsfähigen
142 Wirtschafts- und Solidarunion vorlegen.

143 Eine Währungsunion braucht starke Ausgleichselemente. Sie braucht starke Institutionen und
144 mehr geteilte Souveränität. Das bedeutet eine Verlagerung von ganz spezifischen
145 Kompetenzen in der Finanzmarkt-, in der Steuer- und in der Wirtschaftspolitik. Dafür müssen
146 wir uns einsetzen. Die Zeit drängt.

147 Wir müssen jetzt die Europäischen Institutionen demokratisch stärken, damit sie mit der
148 Situation wirtschaftlicher Ungleichheit zwischen Mitgliedstaaten geregelt umgehen können.
149 Ohne eine politische Union ist das Zusammenleben in einem einheitlichen Währungsraum
150 nicht gestaltbar.

152 **Nein zur Austerität...**

153 Die dogmatische Sparpolitik der letzten zwei Jahre hat die Krisenstaaten nicht aus der Krise
154 herausgeführt – im Gegenteil! Eine tiefere Rezession, mehr Arbeitslose und am Ende mehr
155 statt weniger Schulden trotz aller Sparanstrengungen waren die Folge. Die Schuldenstände in
156 Griechenland, Spanien oder Portugal sind nicht gefallen, sondern gestiegen und die soziale
157 Schieflage hat sich weiter verschärft. Es zeigt sich: Wer nur spart konsolidiert nicht.

158 Wir Grüne halten es deshalb für richtig, dass die Europäische Kommission Spanien ein Jahr
159 mehr Zeit gegeben hat, um seine Haushaltsziele zu erreichen.

160 Bereits von Beginn an haben wir Grüne kritisiert, dass die Sparauflagen der Troika nicht
161 realistisch und teilweise sogar kontraproduktiv waren.

162 Wir halten es für richtig, das Anpassungsprogramm in Griechenland neu zu verhandeln und
163 es realistischer und gerechter auszugestalten. Deshalb war es billiger Populismus,
164 Nachverhandlungen über die Programme nach den griechischen Wahlen auszuschließen.
165 Doch ebenso falsch und unverantwortlich ist die Position einiger griechischen Parteien, den
166 Schuldendienst ganz aussetzen zu wollen. Der Fortschritt der griechischen
167 Konsolidierungsbemühungen lässt sich nicht einfach an den vierteljährlichen Defizitquoten
168 ablesen, sondern muss im Lichte des strukturellen Defizits betrachtet werden. Die
169 niederschmetternde konjunkturelle Lage verzerrt das Bild und verstellt den Blick auf den
170 enormen Konsolidierungseffekt, den die Maßnahmen der vergangenen Monate bereits
171 erbracht haben. Griechenland muss auch unter seiner neuer Regierung seine Reformen
172 fortsetzen, wenn es weiter auf die Solidarität Europas zählen will. Aber der Zeitplan für die

173 Erreichung der Haushaltsziele muss gestreckt werden. Vereinbarungen und Ziele des
174 bisherigen Programms müssen kritisch überprüft und ergänzt werden.

175 Insgesamt müssen wir darauf hinwirken – und dazu auch unsere Verhandlungsmacht bei den
176 anstehenden Abstimmungen nutzen – dass Konsolidierungsprogramme anhand sozialer
177 Investitionen und Umsetzungspfade zur Finanzierung ausgerichtet sind. Für uns Grüne ist
178 klar: ein Herausbrechen Griechenlands aus dem Euro gilt es zu verhindern. Ein Austritt
179 Griechenlands würde weder die Probleme des Landes noch die der Euro-Zone lösen. Der
180 Glaube, ein freiwilliger oder unfreiwilliger Austritt Griechenlands aus der Währungsunion
181 wäre finanziell und politisch verkraftbar, ist naiv und unterschätzt die sich daraus ergebenden
182 Risiken. Ein Austritt Griechenlands würde einen Flächenbrand in Europa auslösen – jeder
183 würde sich fragen, wer ist der nächste: Spanien, Portugal, Italien? Und es braucht ein klares
184 Signal des Zusammenhalts, dass die Kapitalflucht aus dem Süden stoppt und neue
185 Privatinvestitionen ermöglicht. Ein Austritt Griechenlands könnte aber auch die Stabilität im
186 Land selber und in den Regionen des östlichen Mittelmeers und des westlichen Balkans
187 gefährden. In Griechenland würde eine verlorene Generation produziert werden. Die Lösung
188 der Probleme Griechenlands wird nicht alleine von außen zu erreichen sein. Die Lösung muss
189 aus dem Land selber kommen. Die internationalen Geber müssen endlich erkennen, dass sie
190 bei diesem Prozess ein konstruktiver Akteur sein müssen und nicht mit Wahlkampftiraden zu
191 Hause die politische Lage für die gemäßigten Kräfte in Griechenland erschweren dürfen. Die
192 Politik in Griechenland muss endlich gleichzeitig verlässlich und glaubwürdig werden. Ohne
193 Veränderungen in der politischen Kultur des Landes wird es schwierig sein, den Rückhalt der
194 griechischen Bevölkerung auch für einen "sanfteren" Reformkurs zu gewinnen.

196 **...ja zur Konsolidierung!**

197 So falsch die bisherige Merkelsche Austeritätspolitik war und ist, so falsch wäre es, den
198 Konsolidierungsbedarf der europäischen Staaten zu leugnen. Im Zuge der Finanzkrise ist der
199 Schuldenstand in der EU von 59 auf 82,5 Prozent des BIP gestiegen, in der Euro-Zone von
200 66,3 auf 87,2 Prozent. Ein Blick auf die öffentlichen Schuldenstände vor dem Ausbruch der
201 internationalen Banken- und Finanzkrise verdeutlicht aber auch, dass die Erzählung von der
202 zügellosen Ausgabenpolitik nationaler Regierungen nicht für alle Staaten stimmt. In den zehn
203 Jahren vor der Krise ist die Verschuldung gemessen an der Wirtschaftsleistung innerhalb der
204 Euro-Zone um durchschnittlich sieben Prozentpunkte gesunken, bezogen auf die gesamte EU
205 sogar um über neun Prozentpunkte. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele
206 Länder – allen voran Griechenland und Italien – nicht nachhaltig gewirtschaftet haben. Solche
207 Schuldenstände sind weder nachhaltig noch gerecht. Mit den begonnenen Reformen des
208 Stabilitäts- und Wachstumspaktes und dem Fiskalpakt haben die Europäische Kommission,
209 das Europäische Parlament und die Europäischen Regierungen nun verbindliche mittel- und
210 langfristige Ziele für die Haushaltskonsolidierung vereinbart. Wir Grüne haben lange
211 gefordert, die Regeln des gemeinsamen Haushaltens zu überarbeiten.

212 Wesentliche Grundlagen wurden hierbei durch den vom Europäischen Parlament und dem
213 Rat verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt gelegt. Dabei hat die große Mehrheit
214 der Grünen Fraktion im Europaparlament drei von sechs europäischen Rechtsakten des
215 sogenannten six-pack abgelehnt, weil Konservative und Liberale jeden Schutz sozialer Ziele
216 und von Zukunftsinvestitionen bei der Haushaltssanierung ablehnten. Es ist absurd den
217 Fiskalpakt als Meilenstein in der Geschichte der EU zu verkaufen. Er enthält im Vergleich zu
218 den bisherigen Regelungen im europäischen Gemeinschaftsrecht kaum neues, denn
219 verbindliche Konsolidierungsvorgaben gab es auch schon vor dem Fiskalpakt. Neu ist im

220 Kern, dass diese in Form von Schuldenbremsen auch im nationalen Recht festgeschrieben
221 werden sollen. Doch ebenso wenig hat der Fiskalpakt irgendetwas mit den zu harten,
222 aktuellen Sparvorgaben für die Krisenstaaten zu tun. Er wirkt erst nach 2014. Der Fiskalpakt
223 ist also kein Beitrag zum aktuellen Krisenmanagement, er ist kein Instrument für die
224 kurzfristige Überwindung der Schuldenkrise. Sinnvoll sind seine Regelungen für morgen und
225 übermorgen – aber sie müssen begleitet werden von einem ausgewogenen wirtschafts- und
226 fiskalpolitischen Gesamtkonzept. Der Fiskalvertrag selber enthält keine Vorschläge wie
227 Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds oder zur Stärkung der staatlichen
228 Einnahmeseite, aber er behindert sie auch nicht. Auch bietet er keine wirtschaftliche
229 Perspektive für die gesamte EU und insbesondere für die Staaten, die derzeit unter Druck
230 stehen.

231 Wir Grüne halten Schuldenbremsen – in Deutschland wie in Europa – für richtig. Sie müssen
232 aber ausreichend sensibel auf die wirtschaftliche Situation reagieren, damit Staaten in der
233 einer Rezession nicht in einen Teufelskreis steigender Schulden gezwungen werden. Und sie
234 müssen einhergehen mit einer Korrektur der Unterfinanzierung des Staates. Öffentliche
235 Aufgaben müssen aus Einnahmen, nicht auf Pump finanziert werden. Wir wollen keinen
236 schwachen Staat, der nicht einmal mehr im Kernbereich der Daseinsversorgung
237 handlungsfähig ist, sondern einen Staat, der seiner Verantwortung für öffentliche Güter und
238 für Zukunftsinvestitionen gerecht wird.

239 Der Fiskalpakt steht aufgrund des Vetos von Großbritannien außerhalb des
240 Gemeinschaftsrechts. Die Gemeinschaftsinstitutionen – also das Europäische Parlament und
241 die Kommission – werden dadurch geschwächt, nicht gestärkt. Wir Grüne haben diese
242 intergouvernementale Natur des Fiskalpaktes von Anfang an kritisiert. Dieser Weg wurde
243 gewählt, obwohl viele, aber nicht alle Regelungen des Fiskalpaktes auch im Rahmen des
244 Gemeinschaftsrechts, im Rahmen der ordentlichen Gesetzesänderung oder einer verstärkten
245 Zusammenarbeit umgesetzt werden können. Deshalb setzen wir uns vehement dafür ein,
246 dass der Fiskalpakt möglichst schnell – spätestens aber wie im Vertrag vorgesehen in fünf
247 Jahren – in das europäische Gemeinschaftsrecht überführt wird. Dabei wollen wir die
248 Regelungen des Fiskalpaktes überprüfen und ggf. nachjustieren. Grüne ParlamentarierInnen
249 müssen auf allen Ebenen, sowohl im EP als auch im Bundestag vehement auf diese
250 Überführung drängen, um eine Beteiligung des EPs zu erwirken und zugleich mit Argusaugen
251 beobachten, dass der neu geschaffene Eurogipfel sich nicht weitere Kompetenzen aneignet.
252 Eine Einbeziehung des EP-Präsidenten wäre nur der allererste Schritt und nicht ausreichend.
253 Essentiell ist, dass das Verhalten der Bundesregierung im Bundestag entschieden und
254 kontrolliert wird. In Karlsruhe haben wir der Methode Merkel, Europapolitik in Hinterzimmern
255 und unter Umgehung der Parlamente auszuhandeln, einen Riegel vorgeschoben. Es ist jetzt
256 höchsttrichterlich entschieden: Alles, was eine Nähe zu EU hat, fällt in Deutschland unter die
257 Gemeinschaftsmethode, das gilt auch für den Fiskalpakt.

258 Wir wollen das Ende der Merkelschen Austeritätspolitik – denn mit ihr wird auch die
259 Konsolidierung scheitern. Wir haben Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Steigerung
260 der öffentlichen Einnahmen, die Senkung des Zinsdrucks und die Trennung der Banken- von
261 der Staatsschuldenkrise zu unseren Leitlinien für die Verhandlungen mit der Bundesregierung
262 gemacht. Die demokratischen und ökonomischen Defizite des Merkelschen
263 Krisenmanagements wollen wir korrigieren, denn die schwarz-gelbe Koalition ist auf die
264 Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Bundestag und Bundesrat angewiesen.

265 Der Fiskalpakt wirkt als gesamtstaatliche Schuldenbremse auch auf die Haushalte von
266 Ländern und Kommunen. Der Bund muss die durch das Grundgesetz garantierte

267 Haushaltsautonomie der Länder sicherstellen. Das bedeutet insbesondere die vollständige
268 Anerkennung der Haushaltsplanungen der Länder bis 2020, die Anerkennung
269 länderspezifischer Ausgestaltungen der Schuldenbremsen und die von den Ländern selbst
270 festgelegten Anpassungs- und Abbaupfade der strukturellen Defizite. Haushalts- und
271 Finanzrisiken, die aus dem Fiskalpakt erwachsen hat der Bund vollständig zu übernehmen,
272 dazu gehören insbesondere die Übernahme möglicher Sanktionszahlungen im Rahmen des
273 Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Fiskalpakt schreibt erstmals auch eine
274 Schuldenbremse für die Kommunen fest. Viele Kommunen in Deutschland können weder ihre
275 Schulden, noch ihr strukturelles Defizit aus eigener Kraft abbauen. Dies gilt insbesondere für
276 Kommunen mit hohen Sozialausgaben, die auf Bundesgesetze zurückzuführen sind. Das
277 Zinsrisiko für die Kommunen ist enorm.

278 Die Bundesländer sind in der Pflicht für ihre Kommunen einzutreten. Deswegen werden die
279 Grünen in den Ländern dem Fiskalpakt erst dann zustimmen, wenn der Bund Maßnahmen
280 ergreift die Schuldenfalle der Kommunen zu überwinden. Das können die Übernahme von
281 Finanzierungsanteilen bei den Sozialausgaben und die Bereitschaft Deutschlandbonds
282 einzuführen sein.

284 **Mit dem Grünen New Deal die Krise nachhaltig überwinden**

285 Statt nur an Symptomen herum zu doktern, müssen wir endlich entschieden bei den
286 Grundproblemen der Euro-Krise und den Ursachen der Finanzkrise ansetzen. Um die Krise zu
287 überwinden, braucht es kurzfristige Investitionen – deswegen muss der EU-Haushalt 2013
288 und vor allem der Mehrjährige Finanzrahmen 2014 – 2020 (MFR) ein ökologisch-soziales
289 Investitionsprogramm werden. Diesem Ziel läuft die Absicht der Bundesregierung, im MFR
290 über 100 Mrd. € zu sparen, krass zuwider. Außerdem braucht es Maßnahmen wie den
291 europäischen Schuldentilgungspakt, um die Krisenstaaten vom Zinsdruck zu entlasten. Es
292 braucht eine Bankenunion, um die unheilvolle Wechselwirkung zwischen Banken- und
293 Staatsschuldenkrise zu durchbrechen. Und es braucht eine Wende in der Steuerpolitik, damit
294 die Konsolidierung nicht bloß zu Lasten der Armen geht.

296 **1. Mit dem ökologischen Umbau aus der Rezession**

297 Angesichts der Rezession in vielen Krisenstaaten ist es höchste Zeit für ein sozial-ökologisches
298 Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, um eine
299 Abwärtsspirale zu vermeiden und Schulden abzubauen. Zentral für den Abbau der
300 Leistungsbilanzdefizite ist die ökologische Modernisierung der Krisenstaaten. Die Ölimporte
301 nach Europa belaufen sich inzwischen auf ca. 400 Mrd. Euro. Griechenland (72.7%), Spanien
302 (77.4%), Portugal (83.6%) und Italien (84.5%) sind besonders von Energieimporten
303 abhängig. Der EU-27-Durchschnitt lag 2007 bei 50,1%. Wir müssen weg vom Öl nicht nur
304 aus klimapolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. Investitionen in den
305 Klimaschutz, die Energiewende, in Netze, in Speichertechnologien, in Effizienzstrategien und
306 in erneuerbare Energien sind Investitionen in die Zukunft. Und gleichzeitig können die Länder
307 ihre Ausgaben für importiertes Öl senken und durch die ökologische Modernisierung
308 Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft schaffen. Und es braucht einen Europäischen
309 Steuerpakt, damit die Konsolidierung nicht bloß zu Lasten der Armen geht.

310 Dazu bedarf es auch klarer politischer Zielsetzungen. Auf unseren Druck hin hat die
311 Bundesregierung ihre monatelange Blockade aufgegeben und einem – aus grüner Sicht
312 unzureichenden – Kompromiss bei der EU-Energieeffizienz-Richtlinie zugestimmt. Damit gibt

313 es in der EU endlich verbindliche Effizienzziele und Einsparvorgaben für Unternehmen.
314 Notwendig sind zudem verlässliche Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien
315 insbesondere durch ein verbindliches Ausbauziel für 2030 sowie Einspeisetarife für Ökostrom.
316 Es ist bezeichnend, dass Konservativen und Liberalen beim Thema Strukturreformen immer
317 zuerst der Abbau oder das Aussetzen sozialer und ökologischer Regeln einfällt – das
318 Gegenteil ist richtig. Die zentrale Strukturreform, die Europa angehen muss, ist der Abschied
319 von einem Wirtschaftsmodell, das rücksichtslos und verschwenderisch mit den begrenzten
320 Ressourcen unseres Planeten umgeht. Eine europäische Energiewende und die ökologische
321 Modernisierung der europäischen Wirtschaft sind das wirkungsvollste
322 Transformationsprogramm für nachhaltiges Wachstum und neue Jobs.

323 Der Umfang eines solchen europäischen Investitionsprogramms muss die durch
324 Sparanstrengungen verursachten Nachfrageausfälle in den Krisenländern abmildern. Das
325 Europäische Parlament hat ein Investitionsprogramm in Höhe von 1% des europäischen BIP
326 gefordert. Wir wollen ein europäisches Investitionsprogramm nicht über zusätzliche
327 Staatsverschuldung, sondern durch eine Umwidmung bestehender Mittel, eine Stärkung der
328 Europäischen Investitionsbank, Projektanleihen und den nächsten Mehrjährigen
329 Finanzrahmen der EU finanzieren. Der Umfang eines solchen europäischen
330 Investitionsprogramms muss die durch Sparanstrengungen verursachten Nachfrageausfälle in
331 den Krisenländern abmildern. Das Europäische Parlament hat jüngst ein
332 Investitionsprogramm in Höhe von 1% des europäischen BIP gefordert. Wir wollen ein
333 europäisches Investitionsprogramm nicht über zusätzliche Staatsverschuldung, sondern durch
334 einen Europäischen Steuerpakt, eine Umwidmung bestehender Mittel, eine Stärkung der
335 Europäischen Investitionsbank, Projektanleihen und den nächsten Mehrjährigen
336 Finanzrahmen der EU finanzieren. Die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und SPD
337 und Grünen zum Fiskalpakt haben dazu eine Reihe von Ergebnissen erbracht:

- 338 □ **Europäische Investitionsbank (EIB) stärken:** In den Verhandlungen zum Fiskalpakt
339 haben wir durchgesetzt, dass die EIB durch eine Erhöhung des Eigenkapitals um 10
340 Milliarden Euro in die Lage versetzt wird, sich weit stärker als bisher an der
341 Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung zu beteiligen. Dadurch könnten
342 Investitionen von jährlich bis zu 50-60 Mrd. Euro angeschoben werden.
- 343 □ **EU-Strukturfonds wirksamer nutzen:** Die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet,
344 dass zur Finanzierung eines schnell wirkenden Wachstums- und
345 Beschäftigungsprogramms kurzfristig Strukturfondsmittel der EU verwendet werden,
346 wobei die Kofinanzierungsregeln flexibler gestaltet wurden. Die von der EU-
347 Kommission genannten 20 Mrd. € sind nur dann realistisch, wenn die Mitgliedsstaaten
348 zusätzliche Mittel in den Haushalt einzahlen. Dafür werden wir Grüne uns einsetzen.
349 Um die Konvergenz in der Eurozone auch langfristig zu stärken, wäre es sinnvoll bei
350 der Auszahlung der Strukturfonds zukünftig konjunkturelle Schwankungen zwischen
351 den Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen.
- 352 □ **Europäische Projektanleihen:** Um weitere finanzielle Ressourcen zu mobilisieren,
353 müssen europäische „Projektanleihen“ auf den Weg gebracht werden. Sie könnten
354 zielgerichtet für Projekte wie den Aufbau eines europäischen, intelligenten
355 Stromnetzes ausgegeben werden, um zusätzliches und benötigtes privates Kapital zur
356 ökologischen Modernisierung zu generieren. Die Bundesregierung hat hier zugesagt,
357 dass es nach einer Pilotphase zügig zu einer deutlichen Ausweitung der
358 Projektanleihen kommt.
- 359 □ **Den Mehrjährigen Finanzrahmen zur Bewältigung der Krise nutzen:** Wir Grüne

360 wollen deshalb im Mehrjährigen Finanzrahmen eine klare Priorität auf Investitionen in
361 Forschung, ökologische Modernisierung und Beschäftigung legen. Die Vorschläge der
362 EU-Kommission gehen hier in die richtige Richtung. Völlig absurd sind hingegen die
363 Pläne der Bundesregierung, den Mehrjährigen Finanzrahmen im Vergleich zum
364 Kommissions-Vorschlag um 100 Mrd. € zu kürzen. Wir konnten in den
365 Verhandlungen erreichen, dass es beim EU-Haushalt nicht zu Kürzungen zu Lasten
366 von Investitionen in den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie im Europäischen
367 Sozialfonds kommen soll. Zudem wird sich die Bundesregierung auf unseren Druck hin
368 dafür einsetzen, dass die Mittel der Connecting Europe Facility (50 Mrd. €)
369 überwiegend für Netzinfrastrukturen (Energienetze, Bahninfrastruktur, Breitband) und
370 nicht wie bisher geplant für Straßenprojekte genutzt werden.

371 Dies sind erste Schritte, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist zweifelhaft, ob durch
372 diese Schritte ausreichend frisches Geld mobilisiert wird. Politisch sind diese Maßnahmen aber
373 ein Schritt weg von der falschen Politik der Austerität. Wir Grüne fragen nach dem Mehrwert
374 von gemeinsamen Ausgaben und einer gemeinsamen Finanzierung. Der europäische
375 Haushalt muss daher eine Größe erreichen, die den gesteigerten Kompetenzen und neuen
376 Aufgaben der EU entspricht. Aus dieser Überlegung treten wir auf europäischer Ebene für
377 eine Steigerung des EU-Budgets um 5% ein, wie die Kommission das fordert. Damit wollen
378 wir den neu hinzu gewonnen Aufgaben seit Lissabon gerecht werden und Mittel zur
379 Förderung von europaweiten Maßnahmen zur Umsetzung des Green New Deal generieren,
380 das heißt mehr europäische Mittel für Forschung und Bildung, Klimaschutz, den Ausbau einer
381 grenzüberschreitenden Infrastruktur (Schiene, Energie, Breitband), erneuerbare Energien, für
382 das soziale Innovationsinstrument und die Entwicklung ländlicher Räume und die
383 Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Dem Ruf der Bundesregierung nach einem Sparkurs im
384 europäischen Haushalt setzen wir entgegen, dass gemeinsames europäisches Handeln oft
385 effizienter ist und eine bessere Lenkungswirkung mit sich bringt. Gerade in Zeiten der Krise
386 und der einseitigen Austeritätspolitik braucht es grüne Investitionen auf europäischer Ebene.
387 Der EU-Haushalt muss von den nationalen Verhandlungsspielchen befreit werden und
388 braucht deshalb eigene Einnahmen: wirkliche Eigenmittel der EU aus Steuern oder Abgaben
389 sollten die Beiträge der Mitgliedstaaten aus den nationalen Haushalten teilweise ersetzen. Die
390 Beitragsrabatte für die reichen Mitgliedstaaten müssen abgeschafft werden. Wir wollen den
391 EU-Haushalt in langfristiger Sicht durch Eigenmittel finanzieren. Langfristig fordert das
392 Europäische Parlament einen EU-Haushalt von 5% des EU GDP. Wir werden im Rahmen der
393 Wahlprogrammdiskussion dazu eine grüne Position entwickeln.

395 **2. Die Bankenkrise lösen – den Finanzmarktkapitalismus an die Leine legen**

396 Wir Grüne wollen anders als die Bundeskanzlerin keine marktkonforme Demokratie, sondern
397 eine Demokratie, die den Märkten Regeln und Grenzen setzt. Den Weg aus der Krise wird
398 Europa nur finden, wenn es sich gegen die Finanzmärkte und die Banken behaupten kann.

400 **Den Zinsdruck von den Krisenstaaten nehmen – für einen europäischen** 401 **Schuldentilgungspakt**

402 Gegen Zinsen von sechs oder sieben Prozent kann kein Staat der Welt ansparen. Doch genau
403 dazu zwingt die Bundesregierung Spanien und Italien. Sie verweigert sich bisher allen
404 Lösungen, die den Zinsdruck auf die Krisenstaaten abmildern könnten. Wir Grüne halten
405 Maßnahmen gegen den Zinsdruck für absolut notwendig. Wir Grüne halten kurzfristige

406 Maßnahmen gegen den Zinsdruck für absolut notwendig. Dabei ist der
407 Schuldentilgungspakt, wie ihn der deutsch Sachverständigenrat vorgeschlagen hat, der beste
408 Weg. In diesen würden alle Staaten ihre Schulden oberhalb von 60% einzahlen – mit
409 vertraglich vereinbarten und sanktionierbaren Tilgungsverpflichtungen und nationalen
410 Schuldenbremsen. Für jeden einzelnen Staat würden individuelle Konsolidierungspfade
411 erarbeitet mit dem Ziel spätestens einer vollständigen Tilgung nach 25 Jahren. Im Gegenzug
412 würde dieser Teil der Schulden durch gemeinschaftliche Anleihen ausgegeben – zu deutlich
413 besseren Konditionen als Spanien oder Italien derzeit alleine an den Kapitalmärkten erzielen
414 könnten. Die Tilgung dieser Altschulden sollte durch die stärkere Besteuerung großer
415 Vermögen erfolgen. Mit der grünen Vermögensabgabe haben wir ein konkretes Konzept
416 vorgelegt, wie eine Konsolidierung sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

418 **Die dauerhafte Lösung - Eurobonds**

419 Unser Ziel bleiben Eurobonds, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind.
420 Mit Europäischen Anleihen samt strenger Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen
421 Haftungszusage aller Mitgliedstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und
422 Finanzierungskrise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt
423 allerdings eine Vertragsänderung voraus.

425 **Eine Feuerwehr gegen die Finanzmärkte – den ESM endlich ratifizieren**

426 Wir Grüne haben uns seit Beginn der Krise für einen Europäischen Währungsfonds
427 eingesetzt. Ein Europäischer Währungsfonds stabilisiert den Euro, weil er klare Regeln für
428 Finanz-Notfälle schafft, und er unterbindet die spekulativen Wetten gegen die Euro-Staaten.
429 Gegen den langanhaltenden Widerstand der deutschen Bundesregierung geht es nun mit
430 dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einen wichtigen Schritt in diese Richtung.
431 Wie groß die Probleme der Koalition damit sind zeigt sich darin, dass die Bundesregierung
432 panisch auf ein Junktim zwischen ESM und Fiskalpakt beharrt – da sie ansonsten um ihre
433 Mehrheit bei der Abstimmung zum ESM fürchtet. Wir Grüne haben dieses Junktim nie
434 geteilt. Wir wollen den ESM und haben uns schon seit letztem Jahr für eine frühzeitige
435 Ratifizierung eingesetzt. Dies ist aber an der schwarz-gelben Koalition gescheitert, so dass
436 jetzt unnötiger Zeitdruck entsteht. Perspektivisch wollen wir den ESM zu einem echten
437 Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Dazu bedarf es einer direkten
438 Refinanzierung des ESM bei der Europäischen Zentralbank und der Möglichkeit Anleihen
439 aufzukaufen – damit nicht weiterhin private Banken damit ein Geschäft machen und die
440 Zinsen hoch treiben.

442 **Die Staaten aus der Geiselhaft des Bankensektors befreien**

443 Banken- und Schuldenkrise stehen in einem verhängnisvollen Wechselspiel. Angeschlagene
444 Staaten müssen ihren Bankensektor retten, geraten dadurch tiefer in eine Krise, was
445 wiederum erneut den Bankensektor destabilisiert. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen
446 werden. Endlich scheint auch Angela Merkel einer Bankenunion nicht mehr strikt ablehnend
447 gegenüber zu stehen. 2008 hatte sie Vorschläge von Nicolas Sarkozy diesbezüglich in den
448 Wind geschlagen und 2010 entsprechende Beschlüsse des EP und der Kommission über den
449 Rat mit blockiert. Wir Grüne wollen die Staaten aus der Geiselhaft des Bankensektors
450 befreien. Wir wollen eine echte europäische Bankenunion. Für uns gehören dazu eine
451 gemeinsame europäische Bankenaufsicht mit direkten Durchgriffsrechten für alle großen oder

452 grenzüberschreitend tätigen Institute und einen europäischer Bankenrestrukturierungsfonds,
453 der weitgehende Kompetenzen für die geordnete Restrukturierung oder Abwicklung von
454 Banken hat. Unter seinem Dach sollte es auch eine europäische Einlagensicherung geben. Der
455 Bankenrestrukturierungsfonds muss durch eine Bankenabgabe finanziert werden. Notwendig
456 ist zudem eine gemeinsame, härtere Bankenregulierung. Es ist ein Skandal, dass sich die
457 deutsche Regierung ausgerechnet gegen Großbritanniens Forderung für härtere
458 Eigenkapitalvorschriften für die europäischen Banken gewehrt hat. Wir Grüne fordern eine
459 Schuldenbremse für Banken in Form einer absoluten Untergrenze des Eigenkapitals, das auf
460 die gesamten Geschäfte einer Bank gerechnet werden soll. Das riskante Investmentbanking
461 muss von der Tätigkeit als Geschäftsbanken getrennt werden.

463 **3. Für einen solidarischen Weg aus der Krise**

464 Europa wird als Solidargemeinschaft aus der Krise kommen – oder gar nicht. Solidarität
465 braucht es zwischen den Mitgliedsstaaten ebenso wie innerhalb der Staaten. Doch erleben
466 wir derzeit vielfach das Gegenteil: die Lasten der Krise haben einseitig die Schwächsten der
467 Gesellschaft zu tragen, während gleichzeitig weder die Verursacher der Krise zur Kasse
468 gebeten noch die ungleiche Vermögensverteilung angegangen wird. Wir Grüne treten
469 entschieden für einen solidarischen Weg aus der Krise ein.

470 Für eine faire Lastenverteilung zu sorgen ist nicht Beiwerk zu den nötigen ökonomischen und
471 strukturellen Reformen, sondern muss im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Die
472 Proteste insbesondere in Griechenland, Italien und Spanien sind ein wichtiges Warnsignal.
473 Aufgabe für uns Grüne muss europaweit sein, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen
474 einen Strategiewechsel zu erzwingen. Wir müssen verhindern, dass auf Druck der
475 Finanzmärkte, die man versäumt hat zu bändigen, nun in Europa der Sozialstaat und mit ihm
476 der soziale Frieden ruiniert wird.

478 **Für eine Wende in der Steuerpolitik - einen Europäischen Steuerpakt auf den Weg bringen**

479 Eine nachhaltige, vor allem aber gerechte Konsolidierung ist nur mit einer Wende in der
480 Steuerpolitik möglich, um die strukturelle Unterfinanzierung der EU-Staaten zu beenden. Dies
481 geht nur mit einer Wende hin zu einer solidarischen Steuerpolitik.

482 Wir Grüne kämpfen – im Land, im Bund und in Europa dafür – dass Vermögende und
483 BesserverdienerInnen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt
484 werden, dass Subvention für ökologisch schädliches Verhalten abgebaut und Steuern auf
485 Umweltverbrauch erhöht werden und die Verursacher der Krise endlich an den Kosten
486 beteiligt werden.

487 Einen ersten Erfolg haben wir dabei bereits errungen: auf unseren gemeinsamen Druck mit
488 der SPD hin hat die Bundesregierung endlich ihre ideologische Blockade der Besteuerung der
489 Finanzmärkte aufgegeben. Die Finanztransaktionssteuer (FTT) soll noch in diesem Jahr im
490 Wege der Methode der „verstärkten Zusammenarbeit“ in den ersten EU-Staaten auf den
491 Weg gebracht werden. Damit ist, nach fast 20 Jahren Kampf von uns Grünen gemeinsam mit
492 vielen Bündnispartnern, endlich ein Schritt dahin erreicht, dass auch die Finanzmärkte an der
493 Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden und dass spekulative Geschäfte
494 begrenzt werden.

495 Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer, die rein technisch zunächst einmal mal national
496 abgeführt werden, sollten bei Überführung in Gemeinschaftsrecht aus unserer Sicht in den

497 EU-Haushalt fließen und zu großen Teilen zur Finanzierung von globalen, öffentlichen
498 Gütern, wie z.B. der Entwicklungspolitik und den Kampf gegen Klimawandel dienen, um
499 endlich das 0,7% Ziel zu erreichen, und zudem in einen europäischen Solidaritätstopf fließen.
500 Die Abführung der FTT an den EU-Haushalt darf aber nicht dazu führen, dass die
501 Mitgliedstaaten dies nutzen, um ihre nationalen Zahlungen im kommenden mehrjährigen
502 Finanzrahmen zu reduzieren.

503 Die zusätzliche Einführung von Vermögensabgaben europaweit könnte einen
504 Finanzierungsbeitrag von großen Vermögen zum Abbau staatlicher Schulden der
505 Mitgliedsstaaten leisten und gleichzeitig der zunehmenden Konzentration hoher Vermögen
506 entgegenwirken. Für eine Koordinierung von nationalen Vermögensabgaben zwischen
507 Mitgliedstaaten braucht es keine Vertragsänderung, sondern eine Initiative im Rahmen der
508 verstärkten Zusammenarbeit.

509 Irische SpitzenverdienerInnen weichen in die Niederlande aus, italienische Unternehmen
510 umgehen die Steuer über Briefkastenfirmen auf Zypern, Griechenland zieht durch
511 Nullbesteuerung Reeder aus ganz Europa an, Luxemburg sichert deutschen Kunden nach wie
512 vor das Bankgeheimnis. Wir kritisieren, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den
513 gemeinsamen europäischen Kampf gegen Steuerhinterziehung durch das Steuerabkommen
514 mit der Schweiz hintertreibt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Dieses Steuerdumping untergräbt
515 die Einnahmehbasis der EU-Staaten und die Steuergerechtigkeit in der EU. Das ist ein Grund
516 für den Weg in die Überschuldung. Wer Solidarität einfordern, wer Teil einer
517 Stabilitätsgemeinschaft sein will, darf nicht die Stabilität der Staatsfinanzen der anderen
518 Teilnehmer der Währungsunion durch unfairen Steuerwettbewerb gefährden. Ziel unserer
519 Steuerpolitik ist ein Steueroasen-freies Europa, ein Europa ohne Bankgeheimnis, ein Ende der
520 Situation, in dem ein Land den BürgerInnen und Unternehmen des anderen Landes dabei
521 hilft, der Steuerpflicht zu entkommen, und ein Europa ohne Steuerdumping. Deshalb wollen
522 wir bei der Unternehmensbesteuerung einen europäischen Mindeststeuersatz und eine
523 gemeinsame Bemessungsgrundlage. Die europäischen Staaten müssen den Kampf gegen
524 Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerflucht zu einem gemeinsamen Anliegen
525 machen.

527 **Soziale Gerechtigkeit als eine europäische Kernaufgabe**

528 Der massive Abbau von sozialstaatlichen Leistungen überall in Europa macht mehr als
529 deutlich, dass es brandgefährlich ist, eine europäische Debatte über staatliche Ausgaben zu
530 führen, ohne die Fragen anzugehen, was der Staat leisten soll und was unsere sozialen und
531 ökologischen Ziele sind. Auch bringen wir das europäische Integrationsprojekt in Gefahr,
532 wenn die EU als Bedrohung für soziale Errungenschaften wahrgenommen und europäische
533 Politik nur noch mit Sparauflagen in Verbindung gebracht wird. Wenn in Zukunft die
534 europäische Ebene mehr in Bezug auf eine abgestimmte Haushaltspolitik zu sagen hat, darf
535 dementsprechend die Frage des sozialen Fortschritts nicht am Rande, sondern muss im
536 Zentrum des weiteren europäischen Integrationsprozesses stehen.

537 Wir streiten für eine Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht, um
538 eine stärkere Balance gegenüber den Grundfreiheiten des Marktes herzustellen. Darüber
539 hinaus müssen Bürgerinnen und Bürger erworbene Leistungen und Ansprüche europaweit
540 besser nutzen können, um von der europäischen Einigung zu profitieren, so z.B. im Bereich
541 der Sozialversicherung oder bei Bildungs- und Berufsabschlüssen. Auch gilt es im Sinne eines
542 gemeinsamen Arbeitsmarktes die Mobilität von ArbeitnehmerInnen deutlich zu stärken,

543 gerade auch mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Maßnahmen zum Ausbau
544 von EURES und "Erasmus für alle" sind dazu ein erster Schritt. Außerdem braucht es
545 angelehnt an die sozialen EU 2020-Ziele verbindliche(!) Vorgaben über soziale Investitionen
546 und Umsetzungspfade zur Finanzierung (Social Investment Pact).

547 Darüber hinaus werden die entscheidenden zukünftigen Fragen sein, wie wir die soziale
548 Absicherung in Europa gemeinsam gestalten wollen und wie wir dies in den unterschiedlichen
549 nationalen Sozialsystemen umsetzen können. Dies ist kein simples Unterfangen, liegen die
550 Verteilungs- und Umverteilungspolitiken doch bisher in nationaler Hand. Einer Einigung auf
551 gemeinsame Standards stehen kulturelle, ökonomische und soziostrukturelle Unterschiede
552 gegenüber. Je mehr sich die Mitgliedsregierungen allerdings an ihre Souveränität auf dem
553 Gebiet der Sozialpolitik klammern und sich einer Befassung mit sozialstaatlichen Grundfragen
554 auf EU-Ebene verweigern, desto mehr sozialpolitische Gestaltungsmacht drohen sie im Zuge
555 der Globalisierung und der Krise zu verlieren.

556 Neben gemeinsamen Mindeststandards wie einem europäischen Mindestlohn (orientiert am
557 jeweiligen BIP) und einem Minimumeinkommen (minimum income) und gemeinsamen
558 Kriterien zur Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit, müssen wir mit Blick auf die
559 Konvergenz dabei auch offen über die Frage der Umverteilung diskutieren, die es
560 selbsterklärend nicht zum Nulltarif gibt. Dabei sollten vor allem mit Blick auf den
561 gemeinsamen Währungsraum Instrumente der makroökonomischen Stabilität angegangen
562 werden. Dazu zählt neben den genannten automatischen Stabilisatoren im EU-Haushalt auch
563 die Idee einer europäischen sogenannten Basis- "Arbeitslosen"versicherung, die vor allem
564 antizyklisch wirken und als makroökonomisches Instrument einen solidarischen Ausgleich
565 zwischen den ärmeren und reicheren Regionen erreichen könnte.

566 Darüber hinaus brauchen wir das Schlagwort "Soziales Europa" nicht mehr in den Mund zu
567 nehmen, wenn wir tatenlos zu sehen, wie in Griechenland aktuell das Recht auf medizinische
568 Versorgung zur Farce wird, weil das Gesundheitssystem kollabiert. Bündnis 90/Die Grünen
569 fordern daher unverzüglich einen Notfallfonds für die medizinische Versorgung in
570 Griechenland im EU-Haushalt aufzulegen, der mittelfristig in einen regulären Topf für soziale
571 Krisenfälle überführt wird.

573 **Die Grüne Verantwortung in der Krise**

574 Als Europapartei sehen wir Grüne es als unsere Aufgabe an, das Europäische Projekt zu
575 verteidigen – gegen die Finanzmärkte ebenso wie gegen stärker werdende anti-europäische
576 Ressentiments. Wir haben die ersten Hilfspakte für Griechenland und andere Länder ebenso
577 wie den EFSF und den ESM unterstützt, weil es notwendig war, dass Griechenland und die
578 anderen Krisenstaaten unmittelbare Hilfe bekommen. Und wir haben dies auch getan, um ein
579 proeuropäisches Zeichen gegen diejenigen in Deutschland zu setzen, die anti-europäische
580 Stimmungen schüren und leichtfertig den Zusammenhalt Europas aufs Spiel setzen.

581 Zugleich ist klar: das Merkelsche Krisenmanagement führt Europa nicht aus der Krise.
582 Voraussetzung für unsere Zustimmung zum Fiskalpakt ist, dass die Bundesregierung ihr
583 falsches Krisenmanagement korrigiert. Wir Grüne sind für verbindliche mittel- und langfristige
584 Regeln für die Haushaltspolitik der Staaten. Der Weg in die weitere Verschuldung ist kein
585 grüner Weg.

586 In den Verhandlungen mit der Bundesregierung konnten wir Grüne einiges erreichen: mit der
587 Einführung der FTT im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit noch in diesem Jahr ist eine

588 erste Wende in der Steuerpolitik erkennbar. Beim vereinbarten Modell soll es nicht nur bei
589 der Besteuerung von Aktienhandel bleiben, wie von der FDP ursprünglich gefordert, sondern
590 insbesondere auch Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen und Derivatekontrakte
591 umfassen. Versuche der FDP, die FTT über den Zeitplan oder andere Tricksereien doch noch
592 in letzter Minute zu blockieren, sind gescheitert.

593 Es ist uns gelungen, mit der Regierungen einen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und
594 Beschäftigung“ auszuhandeln. Mit den Zugeständnissen bei der Erhöhung des Eigenkapitals
595 der EIB und der Ausweitung von Projekt-Anleihen ist die Bundesregierung auf unseren Druck
596 hin von ihrem falschen und einseitigen Kürzungs- und Sparkurs an dieser Stelle abgerückt.
597 Mit den Zugeständnissen bei der Erhöhung des Eigenkapitals der EIB, den Strukturfonds und
598 der Ausweitung von Projekt-Anleihen ist die Bundesregierung auf unseren Druck hin von
599 ihrem falschen und einseitigen Kürzungs- und Sparkurs abgerückt. Die Zusage der
600 Bundesregierung, die Energieeffizienz-Richtlinie zu unterstützen ist ein klarer Grüner Erfolg.
601 Ebenso die zugesagte Priorisierung der Investitionsmittel der Connecting Europe Facility, mit
602 der Mittel vom Straßenbau in den Ausbau der Schienen-, Energie und Breitbandnetze
603 verschoben werden. Wir hätten uns eine noch deutlichere Ausrichtung des
604 Investitionsprogramm auf eine ökologische Transformation der Wirtschaft gewünscht. Das
605 alte Wirtschaftsmodell, das auf ungehemmtes Wachstum setzt, von dem Liberale,
606 Konservative und viele SozialdemokratInnen noch immer träumen, führt uns nicht aus der
607 Krise. Nur minimale Bewegung hat es bei der wichtigen Frage des Zinsdrucks auf die
608 Krisenstaaten gegeben. Hier werden wir mit unseren europäischen Partnern weiter kämpfen.
609 Verhandelt wird noch zwischen den Rot-Grün, bzw. Grün-Rot regierten Ländern und der
610 Bundesregierung über die Fragen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes. Mit
611 unserer erfolgreichen Verfassungsgerichtsklage haben wir die Grundlage dafür geschaffen,
612 dass die Informations- und Beteiligungsrechte des Bundestages beim ESM und beim
613 Fiskalpakt gewahrt bleiben. Zwischen den Bundestagsfraktionen herrscht Einigkeit darüber,
614 dass die Ergebnisse des Urteils nun unverzüglich in Form einer Änderung des
615 Beteiligungsgesetzes des Bundestags (EUZBBG) umgesetzt werden müssen.

616 Wir haben uns in den Verhandlungen nie mit Absichtserklärungen der Bundesregierung
617 zufrieden gegeben, wir wollten konkrete europäische Ergebnisse sehen. Auf dem 4er Gipfel
618 zwischen Angela Merkel, Francois Hollande, Mario Monti und Mariano Rajoy und dem
619 ECOFIN am 22. Juni hat es wichtige Fortschritte gegeben. Die Finanztransaktionssteuer
620 wurde auf den Weg gebracht. Neun Staaten werden einen gemeinsamen Antrag auf die
621 Einführung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit stellen
622 – eine Mehrheit im Rat für diesen Antrag ist sicher. Damit ist heute klar: die
623 Finanztransaktionssteuer kommt!

624 Zudem haben sich die vier Regierungschefs auf ein 130 Mrd. € schweres
625 Investitionsprogramm verständigt – mit eben jenen Eckpunkten, die wir gemeinsam mit
626 unseren französischen Partnern abgestimmt und die wir der Bundesregierung in unseren
627 Verhandlungen abgerungen haben. Damit ist ein großer Schritt weg vom einseitigen Sparkurs
628 gelungen. Im ECOFIN war klar, dass diese Maßnahmen auch nicht durch Vetos behindert
629 werden. Die Weichen für den Europäischen Rat am kommenden Donnerstag und Freitag sind
630 gestellt.

631 Wir begrüßen, dass die vier Regierungschefs Unterstützung für weitere Integrationsschritte
632 signalisiert haben. Notwendig sind nun aber nicht weitere Ankündigungen, sondern
633 entschiedenes Handeln. Wir Grüne werden dabei die treibende Kraft sein, die sich für ein
634 demokratischeres und solidarischeres Europa einsetzt. Es ist nun allerhöchste Zeit mit der

635 Methode des Intergouvernementalismus zu brechen. Wir erneuern unsere Forderung nach
636 einem europäischen Konvent, damit sichergestellt ist, dass die Fortentwicklung Europas von
637 der Zivilgesellschaft und den Parlamente gestaltet wird.

638 Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse und vorbehaltlich einer Einigung zwischen der
639 Bundesregierung und den Bundesländern unterstützt der Länderrat von BÜNDNIS 90/DIE
640 GRÜNEN das ausgehandelte Paket zu Wachstum und Beschäftigung in Europa und empfiehlt
641 auf dieser Basis der Bundestagsfraktion und den grün mitregierten Ländern den
642 Ratifizierungsgesetzen für den Fiskalpakt und des ESM zu zustimmen.

643 Die nun vereinbarten Maßnahmen sind nur eine erste, aber wichtige Etappe. Es fehlt aktuell
644 an Maßnahmen zur Senkung des Zinsdrucks. Auch bei den europäischen Beratungen gab es
645 keine Fortschritte. Hier mauert die Bundesregierung ebenso wie in den Gesprächen mit uns.
646 Diese Aufgabe bleibt in den nächsten Wochen und Monaten dringlich. Die Bundesregierung
647 wird sich den ökonomischen Realitäten nicht dauerhaft entziehen können. Wir fordern die
648 Bundesregierung erneut auf, den Weg für einen europäischen Schuldentilgungspakt
649 freizumachen. Dafür braucht es uns Grüne, und es braucht, dies haben auch die
650 Verhandlungen zum Fiskalpakt gezeigt, andere politische Mehrheiten, gerade in der größten
651 Volkswirtschaft Europas Deutschland. Dafür werden wir im kommenden Jahr kämpfen.

653 **Mehr Mut zu Europa**

654 Die Europäische Union ist in der Krise weiter zusammen gewachsen. Mit dem Europäischen
655 Semester, der makroökonomischen Überwachung und den verstärkten Regeln und
656 Sanktionen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (im so genannten "six pack" und "two
657 pack") werden nationale Haushalts- und Wirtschaftspolitiken europäisch kontrolliert. Mit
658 dem Fiskalvertrag werden im nationalen Recht die verbindlichen Regeln für die öffentlichen
659 Haushalte gestärkt, mit dem ESM ein Europäischer Währungsfonds light konstruiert. Doch
660 diese Schritte reichen nicht. Europa muss zu einer echten Wirtschafts- und Solidarunion
661 werden, um die Krise dauerhaft zu bewältigen.

662 Die Europäische Union war und ist weder Staatenbund noch Bundesstaat- sondern immer ein
663 historisch einzigartiges Projekt „sui generis“. Es ist heute klar, dass weitere Schritte zur
664 Ausgestaltung des europäischen Projekts notwendig und sinnvoll sind. Die Fragen, um die es
665 derzeit geht – die Vergemeinschaftung der europäischen Haftung, nationale Haushaltspolitik
666 und europäische Solidarität sowie die Frage der demokratischen Legitimierung solcher
667 Eingriffe – betreffen den Kernbereich der nationalen Staatlichkeit.

668 Es geht jedoch nicht nur um neue institutionelle Vorkehrungen. Der wahrscheinlich wichtigste
669 Schritt für einen Erhalt des Europäischen Projekts spielt sich auf anderer Ebene ab. So wie es
670 Ende des 19. Jahrhunderts gelungen ist, Solidarität und Zusammengehörigkeit der Menschen
671 von regionaler auf nationale Ebene zu heben, so muss es heute darum gehen, für
672 europäische Solidarität und Zusammenhalt einzutreten. Die Herausforderung ist groß: in der
673 Krise haben anti-europäische Stimmungen und alte Ressentiments zwischen den
674 Mitgliedsstaaten wieder zugenommen. Doch es sind auch Umriss einer europäischen
675 Öffentlichkeit erkennbar. Die Wahlen in Griechenland und Frankreich wurden beispielsweise
676 in Deutschland ebenso intensiv diskutiert wie die Wahl in NRW.

677 **Für eine Europäische Wirtschafts- und Solidarunion**

678 Die Krise hat den zentralen Konstruktionsfehler der europäischen Währungsunion und eine
679 Lücke des Vertrags von Lissabon offen gelegt: den Verzicht auf eine gemeinsame

680 Wirtschafts-, Finanz-, Haushaltspolitik. Die Antwort darauf kann aus grüner Sicht nur sein,
681 die Europäische Union zu einer Solidarunion weiterzuentwickeln. Wir wollen die
682 Ungleichheiten und Ungleichgewichte innerhalb Europas entschieden angehen. Ein
683 Währungs- und Wirtschaftsraum ohne echte Solidarität, ohne ein gegenseitiges Füreinander-
684 Entstehen wird nicht funktionieren.

685 Zu dieser Debatte gehört auch das Ende des falschen Spiels der schwarz-gelben Koalition, die
686 so tut, als seien nicht schon längst Schritte zu einer europäischen Transferunion getan.
687 Deutschland hat auch vor der Eurokrise mehr in die EU-Kassen einbezahlt als es direkt heraus
688 bekam. Auch ist es schlichtweg falsch, wenn von der Bundesregierung immer wieder der
689 Eindruck vermittelt wird, dass sie bisher alle Versuche abgewehrt habe, dass deutsche
690 Steuerzahler für Risiken anderer EU-Staaten haften müssten. Während sie sich aus rein
691 ideologischen Gründen offiziell bisher gegen Eurobonds und den Altschuldentilgungsfonds
692 sperrt, hat sie es für gut befunden über die Rettungsmaßnahmen der Europäischen
693 Zentralbank bereits Risiken in Höhe von 300 Mrd. Euro vergemeinschaften. Für uns Grüne ist
694 klar: wir werden weitere Schritte hin zu einer Wirtschafts- und Solidarunion brauchen:
695 Eurobonds, eine echte Bankenunion, eine Stärkung des EU-Haushaltes – auch durch eigene
696 europäische Steuern – und automatische Ausgleichsmechanismen. Das geht nur, wenn im
697 Gegenzug die europäische Ebene mehr Kontroll- und Durchgriffsrechte erhält und es zu einer
698 echten politischen Union kommt. Das, was bisher im Zuge des Europäischen Semesters, als
699 lose Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik passiert, muss schrittweise
700 zu einer echten Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. Für eine stärkere wirtschafts- und
701 haushaltspolitische Koordinierung auf EU-Ebene wollen wir die Kompetenzen der/s EU-
702 FinanzkommissarIn ausweiten zu einem/einer EU-KommissarIn für Währung und Finanzen.
703 Diese/r sollte künftig als VizepräsidentIn derselben vom Europäischen Rat vorgeschlagen und
704 in einem gesonderten Wahlgang vom Europäischen Parlament gewählt und individuell
705 abgewählt werden.

707 **Die Erfahrungen des Ostens auswerten: Europa gemeinsam eine neue Perspektive geben**

708 Es gibt eine unheilvolle Asynchronität zwischen den Sofortmaßnahmen, die jetzt schon viel
709 Vertrauen brauchen, und den Reformschritten, die langsam neues Vertrauen nach schweren
710 Enttäuschungen aufbauen könnten. Für diese Situation gibt es durchaus historische
711 Vergleiche: den innerdeutschen Aufbau Ost und den Aufholprozess der osteuropäischen EU –
712 Mitglieder. Wettbewerbsunterschiede, die auch innerhalb Deutschlands gravierend waren,
713 wurden nach einer Währungsunion mit unterschiedlichen Umtauschsätzen, die eher politisch
714 als ökonomisch „gerechnet“ waren, durch Transfers z.T. gezielt, z.T. ziellos und mit sehr
715 unterschiedlichem Erfolg auszugleichen versucht. Die anderen Osteuropäer hatten noch viel
716 schwierigere Bedingungen, mit denen sie fertig werden mussten, um ihre Staaten neu
717 aufzubauen. Aus beiden Aufbau - Situationen können West – und Südeuropa lernen. Die 20
718 Jahre Praxis lassen natürlich gesamteuropäisch positive und negative Rückschlüsse über den
719 Erfolg von z.B. kurz – und langfristiger Investition, von wohlverstandener und
720 undogmatischer Konsolidierung, von schrittweisem Staatsaufbau usw. zu. Das für Gesamt –
721 Europa aufzubereiten, kann viel neues Vertrauen aufbauen. Wir sind davon überzeugt, dass
722 in dieser Vergangenheit mehr Zukunft für ganz Europa steckt, als es sich die meisten
723 Europäer heute auszumalen vermögen.

724 **Mehr Europa geht nur mit mehr Demokratie**

725 Seit der historischen Erklärung Robert Schumanns 1950 war das Prinzip der europäischen
726 Integration immer jenes des gemeinsamen Voranschreitens. Und seit diesen Anfangstagen

727 gilt das Prinzip, dass die Europäische Union kein Club der RegierungschefInnen ist. Mit der
728 heutigen EU-Kommission und dem Europäischen Parlament wurden explizit auch
729 Gegengewichte geschaffen, die sich nicht primär als Diskussions- und Entscheidungsort
730 nationaler Interessen verstehen.

731 Wir Grüne werden daher dem Versuch der Staats- und RegierungschefInnen entschieden
732 entgegen treten, die über den Europäischen Rat den gewachsenen Einfluss der anderen
733 Europäischen Institutionen zurückzudrängen versuchen.

734 Altschuldentilgungsfonds oder Eurobonds wird es nicht geben ohne gewisse haushälterische
735 Rechte auch an die europäische Ebene abzugeben. Eine weitgehende Harmonisierung der
736 Steuerpolitik ist genauso eine Verlagerung der Kompetenzen hin zu einer geteilten
737 Kompetenz wie Anpassungsprogramme oder Schuldenbremsen. Wir befürworten diese
738 geteilte Souveränität weil wir davon überzeugt sind, dass der Nationalstaat alleine die
739 Finanzmärkte nicht bändigen kann. Wir werden aber keinen Blankoscheck an den Ministerrat
740 oder die europäische Kommission ausstellen. Solche Schritte gehören begleitet von einer
741 Stärkung des europäischen Parlaments.

742 Wir haben bereits auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel im letzten Jahr Vorschläge
743 erarbeitet wie wir stattdessen EU-Parlament und EU-Kommission stärken wollen. Dies betrifft
744 nicht nur unsere Forderung nach der zukünftigen Wahl des EU-Kommissionspräsidenten aus
745 den Reihen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die zu einer stärkeren
746 Personalisierung der Wahlen zum Europäischen Parlament führen wird, sondern auch ein
747 Initiativrecht und die Mitentscheidung des Parlaments in einer Wirtschafts- und Solidarunion.
748 Zumindest einen Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments sollen künftig über
749 transnationale Listen gewählt werden. Wir wollen das Amt einer/s EU-KommissarIn für
750 Finanzen und Währung schaffen, die/der mit weitreichenden Kompetenzen gegenüber den
751 Mitgliedsstaaten ausgestattet und vom Parlament kontrolliert wird.

752 Wir sind gegen Parallelstrukturen zum Europäischen Parlament. Jede Weiterentwicklung der
753 institutionellen Architektur muss vor allem Demokratie und Transparenz stärken.

755 **Europa gemeinschaftlichen voranbringen – nicht intergouvernemental zerteilen**

756 Weil der schnelle Weg zu Vertragsänderungen versperrt ist, greifen die Regierungen – wie
757 beim Fiskalpakt – auf vertragliche Konstruktionen jenseits der Europäischen Union zurück.
758 Damit einher geht eine völlige intransparente Hinterzimmerpolitik und eine Schwächung der
759 demokratisch legitimierten Gemeinschaftsinstitutionen. Wir Grüne kritisieren scharf, dass
760 beim Fiskalpakt das Europäische Parlament bis zur Überführung ins Gemeinschaftsrecht
761 keinerlei formale Informations- und Beteiligungsrechte hat – und die Regierungen bisher
762 nicht einmal bereit waren, die Minimalforderung einer regelmäßigen Teilnahme des EP-
763 Präsidenten an den Euro-Gipfeln zu erfüllen, wie sie von uns bis hin zum Vorsitzenden der
764 EVP-Fraktion im Europäischen Parlament gefordert wird. Wir treten dafür ein, dass alle
765 Themen des Fiskalpakts Teil des wirtschaftspolitischen Dialogs werden. Auf Bundesebene
766 kämpfen wir für umfassende Informationsrechte des Deutschen Bundestages beim Fiskalpakt.
767 Unser Kampf trägt dabei erste Früchte, wie die erfolgreiche Klage der Grünen
768 Bundestagsfraktion beim Bundesverfassungsgericht gegen die mangelnde Information und
769 Einbeziehung der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag beim ESM zeigt.

770 Die Europäische Union darf nicht zu einer Mehrklassenunion werden. Dies wird das Gefühl
771 von Gemeinschaft und Solidarität untergraben und die demokratischen Kontrollmöglichkeiten

772 verwässern. Wo Staaten sich in Ausnahmefällen, wie aktuell bei der Finanztransaktionssteuer,
773 zusammenschließen wollen, sollen sie dies über das Verfahren der „verstärkten
774 Zusammenarbeit“ tun. Es ist es für uns auch unabdingbar, dass Verträge wie Fiskalpakt und
775 ESM in EU-Recht mittelfristig überführt und durch das Europäische Parlament kontrolliert
776 werden.

778 **Für einen Europäischen Konvent**

779 Jeder Versuch durch weitere Vertragsanbauten außerhalb der EU-Verträge Lösungen für die
780 europäischen Krise zu finden, ist nichts anderes als Flickschusterei und wird die Akzeptanz in
781 der Bevölkerung für den europäischen Weg nur weiter schwinden lassen. Wir Grüne fordern
782 daher schon länger einen europäischen Konvent, an dem neben Parlamenten und
783 Regierungen auch die Zivilgesellschaft und Sozialpartner teilnehmen. Ein neuer Konvent und
784 die damit verbundene öffentliche Debatte bietet die Chance, ein neues Kapitel zwischen
785 Europäischer Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern aufzuschlagen. In Deutschland
786 bedeutet dies, sich auch daraus resultierenden, offenen Fragen des Grundgesetzes zu stellen
787 und im Rahmen einer verfassungsgebenden Versammlung zu beraten. Der Konvent soll vor
788 allen Dingen über Vertragsänderungen im Bereich Demokratie und der Koordinierung und
789 Harmonisierung der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitiken beraten. Eine der
790 größten Herausforderungen des weiteren Integrationsprozesses wird sein, das
791 Subsidiaritätsprinzip neu zu denken. Oft regelt die EU Großes zu wenig und Kleines zu viel.
792 Im Umkehrschluss muss die EU große Zukunftsaufgaben, wie die Regulierung der
793 Finanzmärkte, den Klimaschutz und den Umbau des Energiesystems viel stärker als bisher
794 angehen. Auf der anderen Seite sollte sie ihre Kraft nicht mit der Regulierung des Klein-Klein
795 verschwenden, was auf kommunaler oder regionaler Ebene viel besser angegangen werden
796 kann. Wir sprechen uns dafür aus, dass im Rahmen des Konvents auch über neue
797 Ratifizierungsverfahren für künftige EU-Vertragsänderungen beraten wird. Wir sprechen uns
798 dafür aus, dass im Rahmen des Konvents auch über neue Ratifizierungsverfahren für künftige
799 EU-Vertragsänderungen beraten wird. Unser Augenmerk gilt dabei der Abschaffung des
800 Einstimmigkeitsprinzips und der Einführung von europaweiten Referenden, die durch ein
801 Prinzip doppelter Mehrheiten dem Gedanken der europäischen Öffentlichkeit Rechnung
802 tragen würden. Unser Augenmerk gilt dabei der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und
803 europaweiten Referenden, die durch ein Prinzip doppelter Mehrheiten dem Gedanken der
804 europäischen Öffentlichkeit Rechnung tragen würden.

805 Die europäische Integration ist das einzige politische Instrument, das Bündnis 90 / Die
806 Grünen in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen wird, um seine Vorstellungen für eine
807 Veränderung des Planeten aussichtsreich zu vertreten. Die Grünen sind also nicht nur eine
808 Europapartei: Nur die Europäische Union gibt uns die Chance, unsere politischen Werte und
809 Grundüberzeugungen zu einem relevanten politischen Modell im globalen Wettbewerb der
810 Politikmodelle zu machen. Die europäische Integration ist also nicht alternativlos, sondern
811 vernünftig und das Beste, was uns Grünen passieren kann!

812 Wir als GRÜNE verpflichten uns dazu, im Bundestag und im Europäischen Parlament mit
813 allem Druck (erneut) entsprechende parlamentarische Initiativen zu starten bzw.
814 vorzubringen. Für uns als Partei bedeutet dies, dass wir unverzüglich diskutieren und
815 formulieren müssen, wie genau für uns ein solcher Konvent aussähe und welche konkreten
816 Projekte wir darin angehen wollen. Der Grüne Konvent der Bundestags- und EP-Fraktion war
817 dafür nur ein allererster Anfang. Die Arbeit am Europa von morgen beginnt heute.